

Berlin, den 22.08.2023

Offener Brief an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten der Stadt Potsdam

**Selbsthilfe ist kein schmückendes Extra – Plädoyer für den Erhalt des Selbsthilfe-,
Kontakt- und Informationszentrum SEKIZ**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,

die Berliner Gesellschaft für soziale Psychiatrie e.V. ist der Berliner Landesverband der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP). Wir sind ein Berufsverband und setzen uns seit über 50 Jahren für eine Verbesserung der Versorgung und Behandlung von psychisch kranken Menschen ein. Da es in Brandenburg derzeit keinen Landesverband der DGSP gibt, wenden wir uns in diesem dringlichen Fall an Sie.

Mit äußerstem Befremden erfuhren wir von dem Vorschlag der Potsdamer Stadtverwaltung, die Förderung wichtiger sozialer Projekte in Potsdam ab 2024 einzustellen, einschließlich der kompletten Fördersumme des Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum SEKIZ.

Dieser Vorschlag ist aus verschiedenen Gründen nicht tragbar und sollte nicht in die Tat umgesetzt werden. Selbsthilfe ist keineswegs ein schmückendes Extra, sondern ein essenzieller Bestandteil der psychosozialen Versorgung. Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen häufig monatelange Wartezeiten in Kauf nehmen, um professionelle Behandlung und Unterstützung wie beispielsweise einen ambulanten Psychotherapieplatz oder Leistungen der Eingliederungshilfe zu erhalten. Angebote der Selbsthilfe mit ihrem niedrigschwelligen Zugang können diese Lücke füllen und effektiv für Stabilisierung, Besserung der Symptome und Lebensqualität sorgen sowie wiederkehrende Klinikaufenthalte, soziale Desintegration und nicht zuletzt auch Suizid verhindern, um nur ein paar Beispiele der Wirksamkeit zu nennen.

Die Landeshauptstadt trägt gegenüber ihren Einwohner*innen die Verantwortung, ein funktionierendes psychosoziales Hilfesystem bereitzustellen. Dazu gehört auch, die nötigen Strukturen für Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen. Mit dem SEKIZ hat Potsdam eine seit 32 Jahren gut funktionierende zentrale Anlaufstelle für zahlreiche Selbsthilfegruppen mitten in der Innenstadt. Es sollte ein Anliegen der Stadt sein, dieses Angebot langfristig zu sichern, statt es abzuschaffen.

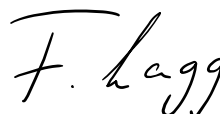
Kürzungen in dem Bereich solch wichtiger Angebote verstärken soziale Probleme, Ungleichheit und Exklusion und gefährden die psychische Gesundheit vieler Bürger*innen. Auf lange Sicht werden dadurch also mehr Kosten geschaffen, sodass es sich faktisch gesehen nicht um eine Sparmaßnahme handelt.

Wir bitten Sie daher dringlichst, diesem Vorschlag der Stadtverwaltung nicht zuzustimmen und den Erhalt dieser wichtigen sozialen Einrichtung zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Reumschüssel-Wienert
1. Vorsitzender



Franziska Lagg
Vorstandsmitglied